|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| |  |  |  | | --- | --- | --- | | |  |  | | --- | --- | | |  | | --- | | **Sehr geehrter Herr Minister Wissing,**  **sehr geehrter Herr Staatsekretär Theurer,**  ich bin Bürger aus dem Landkreis Harburg und betroffen vom Schienenausbauprojekt Hamburg- Hannover.  Mit Entsetzen habe ich festgestellt, dass in Ihren Gesetzesentwurf zum Planungsbeschleunigungsgesetz in der im Anhang angegeben Projektliste unter der lfd. Nr. 42 eben die Strecke Hamburg Hannover als fest disponiertes Projekt angegeben ist und der Zusatz **„Höchstgeschwindigkeit mindestens 250-300km/h“** zugefügt wurde.  Damit ist unsere Forderung Alpha-E endlich umzusetzen nicht mehr möglich. Sie ignorieren damit ein im Bundesverkehrswegeplan festgeschriebenes Projekt und alle demokratischen Prozesse die zu diesem Ergebnis geführt haben.  In dieser Projektliste sind 312 bundesweite Projekte aufgeführt die alle unter der Überschrift  „überragendes öffentliches Interesse“ geführt werden und Sie wollen diese alle per Gesetz feststellen. Können Sie mir belegen, dass jedes dieser im Gesetzesentwurf als „überragendes öffentliches Interesse“ beschriebene Projekt, einer notwendigen, gewissenhaften Einzelabwägung unterzogen wurde? Für ein „überragendes öffentliche Interesse“ muss es eine nachvollziehbare Bewertung und Abwägung geben und mindestens die Träger öffentlicher Belange und die Umweltverbände müssen in diesem Abwägungsprozess gehört werden. Alles andere bedeutet eine radikale Abkehr von allen bisherigen Planfeststellungsverfahren und hat sogar etwas Diktatorisches.  Ist Ihnen eigentlich klar, dass dieser Vertrauensverlust der Bürger beispielgebend sein wird  und sich die Bürger massiv betrogen und von der Politik verraten fühlen? (Versprechen von 2015 wird durch Bahn und Politik gebrochen).  Ist es einer Bürgerrechtspartei würdig, die Rechte der Bürger durch ein für ein eigentlich sinnvolles Anliegen so extrem ausgestaltetes Gesetz derart beschnitten werden, dass der einfache Bürger unüberwindbare Brocken beim Schutz seiner Rechte in den Weg gelegt bekommt?  Herr Theurer: Auf Ihrer Internetseite steht, dass Sie es als Ihre „heilige Aufgabe sehen, die Bürgerrechte zu allen Zeiten zu schützen.“ Halten Sie sich bitte daran !  Ist Ihnen bekannt, dass die DB AG bei ihren Planungen auf jede Zusammenarbeit mit dem Dialogforum Schiene Nord verzichtet, sie jede Transparenz vermeidet und kommunale Vertreter zur Verschwiegenheit verpflichtet?  Die einzigen Profiteure einer Neubautrasse durch die Heide sind die Hafenlobby mit Ihrem Cheflobbyisten Olaf Scholz. Der Neubauplanung liegen falsche Prognosen zugrunde, die Hafenumschlagszahlen in Hamburg verringern sich seit Jahren dramatisch statt wie behauptet immens zu steigen. Die einzigen Güter mit steigendem Umschlag sind Öl und Kohle die Sie als künftige Energieträger ja ausschließen wollen  Sind Sie nicht der Auffassung, dass eine neue Verkehrsader nicht allein dazu dienen darf, Metropolen zu verbinden, sondern allen Anrainern an dieser Strecke eine volkswirtschaftlich angemessene Teilhabe und einen uneingeschränkten Zugang zu diesem Verkehrssystem zu ermöglichen? Wir Menschen vor Ort werden weitgehend von dem Nutzen dieser Infrastruktur abgehängt. Das von Ihnen als Erfolg angepriesene 49-Euro-Ticket nutzt uns nichts, wir werden aber bei dessen Finanzierung voll beteiligt.  Ist eine zuverlässige Bahn volkswirtschaftlicher nicht wichtiger als eine auf dem Papier schnelle Deutschen Bahn, die in der Realität wie immer an den eigenen Zielen scheitert?  Auch ich möchte den Deutschlandtakt, aber dieses Ziel kann auch erreicht werden kann, wenn die Taktzeiten etwas reduziert werden.  Mit der geplanten Neubautrasse wird eine Fläche so groß wie Berlin verbraucht und wertvolle Naturlandschaften und Lebensräume zerstört. Ortschaften und Regionen werden zerschnitten.  Ist Ihnen klar, dass die sogenannte A7 Variante gar nicht in A7 Nähe verläuft, sondern im Wesentlichen in bis zu 8 Kilometern Entfernung von der A7 und der B3 als Heidetrasse Dörfer und Natur regelrecht einkesselt?  Die in unsere Region existentielle Einnahmequelle, Tourismus in der Lüneburger Heide und Naherholungsgebiete für die Metropole Hamburg wird durch die Neubaustrecke immens gefährdet. Wir werden mehr als 10 Jahre eine Großbaustelle vor der Tür haben, die unser Leben enorm belasten wird, ohne eigenen Nutzen davon zu haben.  Ich bin der Auffassung, dass ein wirksamer Klimaschutz bedeutet, sich am sinnvoll Machbaren zu orientieren und nicht am maximal Umsetzbaren, sowohl für den Flächen- wie auch den Energieverbrauch.  Finden Sie nicht, dass alles Geld, das man bekanntlich nur einmal ausgeben kann, zuerst für die Sanierung des Bestandsnetzes genutzt werden muss? Haben Sie die unglaubliche Dimension der Bestandssanierung wirklich realistisch vor Augen und erkennen Sie, dass es keinen Spielraum für Neubaufantasien gibt? Die DB AG hat bei keinem Großprojekt der letzten Jahre auch nur annähernd den selbst vorgegebenen Kostenrahmen eingehalten.  Sind Sie wirklich der Ansicht, dass es eine kluge Entscheidung ist, einem bundeseigenen Konzern 88 Milliarden Euro anzuvertrauen, obwohl der Bundesrechnungshof diesem Konzern gerade Versagen auf ganzer Linie bescheinigt hat, ihn für den maroden Zustand der Infrastruktur verantwortlich macht, ihm eine ungenügende Betriebsführung vorwirft und dessen Umstrukturierung fordert?  Sollte nicht die Reihenfolge so sein: zeitnah die sowieso anstehende Bestandssanierung zur Bestandsoptimierung nutzen, Umstrukturierung des DB Konzerns nach den Forderungen des Bundesrechnungshofes und danach ein integriertes zukunftsfähiges Verkehrskonzept bedarfsgerecht aufstellen?  Ist Ihnen klar, dass die DB AG Ihnen Zahlen unterschieben wird, die zu ihren Zielen passen und der so wichtige NKI für den Bestandsausbau immer schlecht gerechnet werden wird, obwohl zuletzt veröffentlicht wurde, dass Bestandsausbau mit 0,98 und der Neubau mit 1,02 ganz offenbar dicht zusammenliegen?  **Ich appelliere an Sie Herr Wissing und Herr Theurer:**  Erinnern Sie sich an Ihre mehrfachen Zusagen, dass keine Trasse gegen den Willen der Bürger gebaut werden soll? Jetzt ist die Zeit gemeinsam mit uns Bürgern das Machbare umzusetzen und Schritt für Schritt die Fehler der vergangenen Jahre zu beheben und nicht Neue zu begehen!  Verhindern Sie Kraft Ihres Amtes, dass die Neubautrassenplanung mit diesem Gesetz an uns Bürgern vorbeigemogelt wird.  Ich hoffe, dass Sie sich ganz klar darüber sind, dass die Zukunft der Bürgerrechte in der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich durch die anstehenden Entscheidungen bestimmt werden wird. Sie tragen damit eine große Verantwortung. Bedenken Sie dabei, dass Deutschland nicht nur aus Metropolen, sondern auch aus dem ländlichen Raum besteht und das Umwelt- und Klimapolitik gerade dort umgesetzt werden.  Mit freundlichen Grüßen | | | |